



Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 24 / 42. Jahrgang

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 77 Jannowitz 2120

Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos

Berlin, 15. Juni 1928

Freie oder gebundene Wirtschaft?

Das Bürgerium hat sich mit aller Energie für das Prinzip der absoluten wirtschaftlichen Freiheit eingesetzt. Es hat den Kampf für dieses Ziel mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit geführt und ist rücksichtslos über gefallene Entzügen hinweggegangen. Infolge der zunehmenden Festigkeit des Konkurrenzkampfes mußte das Wirtschaftskapital neue Wege suchen, um der Entwicklungsfähigkeit der Steigerung der Profite neue Bahnen zu öffnen. Neben der Einzelunternehmung entsteht die Aktiengesellschaft, an der sich prinzipiell alle Gesellschaftler nur mit Kapital beteiligen, die leitende Tätigkeit dagegen in der Hauptsache durch Direktoren verrichtet wird. Die Aktionäre teilen sich daher in den Gewinn mit diesen und kommen für Verluste nur bis zur Höhe ihrer Kapitalbeteiligung auf. Durch die immer weiter um sich greifende Bildung von Aktiengesellschaften wurde die Entstehung und Weiterentwicklung der Kartellbildung gefördert. Der Besitzer der Einzelunternehmung ist viel weniger geneigt, sich den Beschlüssen einer über ihn stehenden Körperschaft zu beugen oder seine Selbständigkeit so einschränken zu lassen, daß Dritten die Einschaltung in die Produktion ermöglicht ist.

Wenn man den tieferen Ursachen der Kartellbildung nachgeht, muß man sich davon hüten, diejenigen Gründe für ausschlaggebend anzusehen, die von den Kapitalmagnaten dafür angeführt werden. Im besten Falle handelt es sich hier um die Wiedergabe bestimmter Motive oder unmittelbarer Kräfte, meist noch dazu in einer für das Publikum bestimmten Form. Vor der Öffentlichkeit wird es immer großen Eindruck machen, wenn erklärt wird, die oder jene Interessengruppe eines Kartells diene der Erhöhung oder Rationalisierung der Produktion oder solle die Lebensverbesserung durch ausländisches Kapital vornehmen. Daß derartige Wirkungen mit der Kartellbildung verbunden sein können und das — nebenbei betrachtet — gern gesehene Resultat sind, wird kein Mensch streiten; dabei war aber das eigentliche Motiv vielleicht in einer Kapitalverwässerung, in einer Steuerhinterziehung oder Bilanzverfälschung zu suchen.

Die tiefere Ursache ist jedoch das Bestreben nach nicht gebundener Anhäufung von Kapital und führt zum rücksichtslosen wirtschaftlichen Imperialismus. Diese Entwicklung der Konzentration des Kapitals steht erst im Anfang, sie hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Der große Nationalisationsprozeß, der die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren mit ungeheurer Heftigkeit ergriß, hat dieser Zusammenfassungsbewegung neue Nahrung gegeben. Es entstanden neue wirtschaftliche Großmächte, die sich durch systematischen Aufbau und innere Geschlossenheit auszeichneten.

Dann hat auf der Wiener Tagung der deutschen Wirtschaftswissenschaftler Professor Schmolenbach, Dozent der Betriebswirtschaftslehre an der Kölner Universität, unter dessen Vorsitz die Enqueteen über den ostfälischen und mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, sowie über den Ruhrbergbau ausgearbeitet worden sind, eine Rede gehalten, die ein sensationelles Ereignis im Schmolenbachkreis in seinem Vortrag das Gesamtproblem der Wirtschaftform Deutschlands und der Welt auf und kommt zu dem Befunden, daß eine Rückkehr zu der freien Wirtschaft des 19. Jahrhunderts unmöglich ist. Er kündigt an, das Kommen einer fast gebundenen Wirtschaft an, die vom Staat ihre Rechte erhält und dem Staat über die Erfüllung ihrer Pflichten Rechenschaft schuldet. Aus den Ausführungen von Professor Schmolenbach seien nachstehende Sätze, die wir dem „Vorwärts“ entnehmen, wiedergegeben:

Die Wirtschaftsgeschichte kommenden Jahrhunderts wird vermutlich das 19. Jahrhundert als das Jahrhundert der freien Wirtschaft bezeichnen, und zwar wird man diese Wirtschaft die freie nennen, weil sie sich an eine gebundene Wirtschaft anschließt, und weil es wieder eine gebundene Wirtschaft ist, die ihr folgt.

Das, was der freien Wirtschaft vorausging, war die Wirtschaft einer aus Stadt und Land bestehenden Wirtschaftsgemeinde, deren industrieller Teil durch das System der Zünfte beherrscht ward. Ihr wesentliches Kennzeichen war eine durch natürliche und gesetzliche Schranken bewirkte Gebundenheit.

Die dem Zeitalter der freien Wirtschaft folgende Ordnung dagegen ist, wie wir Zeitgenossen dieser Entwicklung sehen, eine solche, die durch Kartelle, Trusts und andere Monopolgebilde, durch Staatsbahnen, Staatsposten, Staatsbanken, staatliche Versicherungseinrichtungen, staatlich beherrschte Bundeszentralen für Licht-

und Kraftlieferung, gemischte Unternehmungen vielerlei Art, staatliche Preisregelung für Rohle, Kalk, Wohnungsmieten und staatliche Festlegung von Lohnstarifen gekennzeichnet ist und die gegenüber dem, was vorher war, die mannigfaltigen Züge der Gebundenheit aufweist. Und man darf annehmen, daß sich diese Kennzeichen der Gebundenheit in der Zukunft noch stark vermehren werden.

13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

(Dritter Bundeskongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.)

Montag, den 3. September 1928, in Hamburg, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof.

- Tagesordnung:
1. Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen.
 2. Bericht des Bundesvorstandes.
 3. Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie.
 4. Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.
 5. Vereinhelfung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung.
 6. Anträge zu den Bundesauflagen.
 7. Wahl des Bundesvorstandes.
 8. Erledigung sonstiger Anträge.

Der Kongreß wird am Montag, dem 3. September 1928, vormittags 9 Uhr, eröffnet und voraussichtlich bis Sonnabend, den 8. September, tagen.

Die Vertretung auf dem Gewerkschaftskongreß regelt sich nach den Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die §§ 32 und 33 belegen darüber folgendes: Wenn Bund angeschlossenen Gewerkschaften sind berechtigt, stimmbare Vertreter zu dem Gewerkschaftskongreß zu entsenden. Gewerkschaften, die mit mehr als drei Monatsbeiträgen oder mit Hilfsbeiträgen (§ 44) im Rückstand sind, kann durch Beschluß des Kongresses die Teilnahme an dem Kongreß oder das Stimmrecht auf demselben verweigert werden.

Auf je 15 000 Mitglieder einer Gewerkschaft entsandt ein Vertreter, desgleichen auf eine überschneidende Mitgliederzahl, wenn sie mindestens 5000 beträgt. Gewerkschaften unter 15 000 Mitgliedern können gleichfalls einen Vertreter entsenden. Die Art der Wahl bleibt jeder Gewerkschaft überlassen.

Anträge an den Kongreß können nach § 34 der Satzungen von jedem angeschlossenen Verband oder seinen Bezirks- und Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongreß, also bis zum 7. Juli, an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Berlin, den 4. Juni 1928.
Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Th. Leipart.

Immerhin hat die freie Wirtschaft des 19. Jahrhunderts auch durch ihre eigene Natur der Gebundenheit manche große, fast beispiellose Erfolge aufzuweisen. Sieht man genauer zu, so besteht der tiefste Grund der großen Erfolge, die mit der freien Wirtschaft verbunden waren, in der ganz außerordentlichen Rücksichtslosigkeit dieser Wirtschaftform; in ihrer großartigen, vorher selten dagewesenen und nicht leicht wiederkehrenden Unbeschränktheit, mit der sie alles, was nicht wirtschaftsträchtig war,

niedertrat und es ohne Erbarmen umkommen ließ; in der robusten Selbstverständlichkeit, man möchte es fast Taktlosigkeit nennen, mit der sie den Wirtschaftsträgigen an die Oberfläche trug.

Wir, die Spätlinge des Jahrhunderts, die wie schon wieder 28 Jahre im neuen Säkulum leben, gehören dieser Wirtschaftsperiode nur noch halb an. Wir sind eine Generation, die auf der Schwelle steht, ausgestattet mit allen Vorzügen und Nachteilen, die einer solchen Schwellengeneration eigentümlich sind. Hierbei ist noch festzustellen, daß von einem bewußten Willen, in die neue Wirtschaft hineinzumarschieren, nicht die Rede sein kann. Diejenigen, die die Wirtschaft führen, haben sich nicht das Ziel gesetzt, die alte Wirtschaft zu verlassen und sich an einer neuen zu versuchen.

Keiner unserer Wirtschaftsführer geht mit freiem Willen in die neue Wirtschaftsform hinein. Nicht Menschen, sondern starke wirtschaftliche Kräfte sind es, die uns in die neue wirtschaftliche Epoche hineintreiben. Es ist sogar festzustellen, daß nahezu alle unsere Wirtschaftsführer wenigstens theoretisch ausgesprochene Gegner der wirtschaftlichen Ideen sind, die der neuen Wirtschaftsform den Untergrund geben. Was ist es denn im Grunde genommen anderes, als die Erfüllung der Voraussetzungen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben? Seine Vorstellungen von der Zukunft der Wirtschaft sind es, die wir sich erfüllen sehen. Wenn wir unseren Wirtschaftsführern von heute sagen würden, daß sie gewollt oder ungewollt sozusagen Volkstreckler des Marxismus Testamente seien, so würden sie, ich nehme es an, mit allem Nachdruck dagegen protestieren. Nein, man kann wirklich nicht sagen, daß unsere Wirtschaftsführer uns mit bewusster Absicht in die neue gebundene Wirtschaft hineintreiben. Sie sind Werkzeuge, nichts als Werkzeuge. Und wenn wir nach den inneren Gründen des Systemwechsels fragen, den wir erleben, so müssen wir diese Gründe nicht in den Menschen, sondern in den Dingen suchen.

Wenn Sie die Geschichte der Wirtschaft, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten vor uns abgepielt hat, ansehen, so bemerken Sie überall, daß die monopolartigen Gestaltungen, insbesondere die Kartelle, zuerst da entstanden sind, wo große fixe Kosten vorhanden waren, im Bergbau, im Bergbau, bei den Hüttenwerken, bei den Industrien der großen Oenanlagen; viel weniger und viel später in der Textilindustrie, in der Fertigungsindustrie für Eisen und Holz usw. In der Fertigungsindustrie haben die fixen Kosten sich langsamer entwickelt und machen sich erst neuerdings stark bemerkbar. Und so sind wir in der Industrie der Rohstoffe schon vor einigen Jahrzehnten aus der freien in die gebundene Wirtschaft hineingekommen. In der Industrie der Fertigprodukte dagegen hat diese Entwicklung erst begonnen. Schon sehen wir, wie die Tendenz in der Industrie nicht haltmacht, sondern hineingreift in den Handel. Denn auch hier gilt der Satz, daß der Anteil der proportionalen Kosten sich dagegen vermindert.

Man kann es heute, nachdem wir so viele Beispiele einer gleichlaufenden Entwicklung gesehen haben, mit voller Sicherheit aussprechen, daß das Ueberhandnehmen von fixen Kosten unerträglich ist, daß die freie Wirtschaft unter der Herrschaft der fixen Kosten einer neuen gebundenen Wirtschaft Platz machen muß. Dieses zu konstatieren wird mir nicht leicht. Denn die Erscheinungsformen der neuen gebundenen Wirtschaft, die wir nun schon seit einigen Jahrzehnten beobachten können, sind keineswegs überall sympathisch. Wenn ich irgendeinen Weg sähe, zu der alten freien Wirtschaft zurückzukehren, so würde ich ganz gerne raten, diesen Weg zu beschreiten.

In diesen großen Monopolgebilden, die wir heute vor uns sehen, liegt der glückliche Ardiobier (Angekommen) viel fester im Sattel, als er früher bei dem System der freien Wirtschaft sitzen konnte. Wie dem System der freien Konkurrenz mühte er sich immer wieder aufs neue seinen Platz verdienen. Heute ist das in viel geringerem Grade notwendig. Nicht nur einzelne Personen, sondern ganze Familien, ganze Interessengruppen können sich heute im Schutze eines Monopoles erhalten, wo sie früher unter dem System der freien Konkurrenz rücksichtslos und unbarbarisch hinweggeräumt worden wären. Daß dieses Parasitismus sich durch seine Erdtrantheit, die Ueberheblichkeit, tüchtig auszeichnet, ist kaum zu sagen nötig. Auch auf anderem Gebiete löst die neue gebundene Wirtschaft die Grundlage der Oekonomie vermissen.

Veraltete und unwirtschaftliche Verwaltungseinrichtungen, unüberwiesene eingeschobene Handelsgesellschaften, allen diesen Dingen begegnet man auf Schritt und Tritt. Uebertriebenen Bureaufatismus, übermäßige Schwerfälligkeit, übermäßige Kostspieligkeit der Verwaltung und übergroße Gehälter und Löhnen leitender Personen findet man bei diesen monopolistischen Organisationen allenthalben. Und mit Bedauern muß

man feststellen, daß alle diese Unwirtschaftlichkeiten Jahre und Jahrzehnte ruhig bestanden hätten, wenn die reinigende Lust der Konkurrenz jetzt."

Professor Schmalenbach kritisiert dann die Verfassung der großen Monopolgebilde. Er sagt: "Man braucht sich nur ein blind gegrienes Duzend Kartellverträge anzusehen, um sofort zu erkennen, daß in ihnen die schwersten Verstöße gegen das wirtschaftliche Prinzip vorliegen. Wenn irgendwo ein Einzelfall auftritt, so ist die wesentlichste Schwierigkeit die, die Beteiligungssphäre festzustellen. Man sollte nun glauben, daß bei dieser Feststellung die wirtschaftlichen Grundzüge auf das sorgfältigste beobachtet werden. Denn wenn es nicht geschieht, so muß das Syndikat für die Dauer seines ganzen Bestehens mit Unwirtschaftlichkeiten kämpfen. Man sollte meinen, daß ein Unterschied gemacht würde zwischen besonders leistungsfähigen und weniger leistungsfähigen Werken. Man sollte weiter annehmen, daß eine gewisse Arbeitsteilung eingeführt werde. Das Gewöhnliche ist jedoch, daß von alledem nichts geschieht. Man ist froh, daß das Syndikat unter Dach und Fach kommt, nimmt alle Unwirtschaftlichkeiten in Kauf und erklärt sie fortzudauern in Permanenz."

In vielen Syndikaten ist es so, daß die einmal festgestellten Beteiligungen auf alle Ewigkeit bestehen bleiben. Sollte aber die Möglichkeit einer Veränderung vorgeesehen sein, so enthält auch diese Veränderung des wirtschaftlichen Prinzips. Das Gewöhnliche ist in diesem Falle, daß jemand, der eine höhere Kapazität nachweisen kann, dafür früher oder später, gleichviel, ob eine Kapazitätserweiterung am Plage ist oder nicht, eine höhere Beteiligungsquote bekommt. Erhält er diese höhere Beteiligungsquote, so ist er ebenso wie mit der alten Beteiligungsquote am Abzug zugelassen, auch wenn der Markt eine Abkopferung keineswegs zuläßt. Die Folge davon ist, daß eine Rationalität, d. h. eine wirtschaftliche Überlegung darüber, ob Aufnahmeabgabe des Marktes und Verwertung der Anlagen bezw. Erhöhung der Kapazität im Einklang stehen, überhaupt nicht stattfindet."

Am Beispiel der Kohlenwirtschaft legt Professor Schmalenbach das Ungehörige dieser Wirtschaftsform dar. "Wenn Sie einmal die Preispolitik der Kohlen-syndikate und landläufigen Gebilde ansehen, so bemerken Sie zu Ihrem großen Erstaunen, daß es offenbar zu den größten Nachteilen eines Landes gehört, Kohlen zu besitzen. Es muß wirklich so sein, denn die Kohlen-industrien der Kohlenländer liefern ihre Kohlen zu einem Preise in die nicht Kohlen besitzenden Länder, die weit unter den Selbstkosten liegen. Die Kohlen liefernden Länder bringen dadurch zum Ausdruck, daß es ihnen die größten Unannehmlichkeiten bedeutet, Kohlen zu haben, und sie bemühen sich, so schnell wie möglich, dieses Uebel-schickes ledig zu werden. Sie lassen sich dieses Uebel-schickes sogar noch viel belästigen. Ein unbeteiligter Zuschauer muß den Eindruck erlangen, daß Kohlenbesitz eine Krankheit ist. Allerdings tun die Kohlenbesitzer dies nun nicht etwa mit vollem Bewußtsein, sondern sie tun es so, wie wenn ein Trunkener ein Fenster einschlägt. Ihre tat-sächlichen Maßnahmen sind das, was sie bei einiger Ver-nunft für gerecht halten müßten, steht im schroffsten Gegen-satz zueinander."

"Geht man den ungewissenhaften großen Unvollkommen-heiten der Syndikate nach, so findet man als ihre grund-sätzlichen Mängel die folgenden. Sie haben es nicht fertig gebracht, den wesentlichsten Grundzug der Wirt-schaftsorganisation zu befolgen, daß in jeder guten Organisation das Interesse der einzelnen Mitglieder und Interests der Gesamtheit gleichberechtigt sein müssen. Außerdem sind die Mitglieder zu wenig geneigt, das nötige Maß an Selbständigkeit anzugeben, die Direktoren und Generaldirektoren haben im Kleinen die Mentalität, die den deutschen Fürsten eignete, als es darum ging, das Deutsche Reich zu gründen. Der Bismarck, der ihnen den nötigen Patriotismus gewaltig beibringt, ist noch nicht erstanden."

Ich glaube so an dem Beispiel der Kartellorganisation gezeigt zu haben, daß wir nicht gerade in organisatorischer Eleganz in die neue Wirtschaftsform hineintreten."

Professor Schmalenbach bezieht dann die Rückkehr zur freien Wirtschaft als eine Utopie und führt aus: "Ich möchte auch glauben, daß die besten Verläufe der deutschen Wirtschaftspolitik, die Dekonomie der gebundenen Wirt-schaft durch staatliche Einwirkung zwangsmäßig herbei-zuführen, zu einem vollen Erfolge nicht führen können. Ich selbst habe ja der Kommission angehört, die im mittel-deutschen Kohlenbergbau die Frage zu untersuchen hatte, auf welche Weise sich Ersparnismöglichkeiten ergreifen lassen. Ich bin, vielleicht annoherdeweise, der Meinung, daß die Kommission gut gearbeitet hat, und daß sich in ihrem Gutachten sehr nützliche Hinweise finden. Trotzdem habe ich die Überzeugung gewonnen, daß man auf diese Weise die Dinge schwer meistern kann. Ich will damit

Peter Blum 65 Jahre alt.

Am 17. Juni vollendet unser Verbandsvor-sitzender, Kollege Peter Blum, sein fünfund-zwanzigstes Lebensjahr. Anlässlich seines Jubiläums als Leiter unserer Organisation haben wir seiner großen Verdienste um unseren Verband gedacht und wollen das Gesagte nur unterstreichen. Gerade die Ehrungen, die ihm an diesem Tage aus allen Mitgliederkreisen und weit darüber hinaus zuteil wurden, haben gezeigt, wie groß die Liebe und Achtung ist, die dem Menschen und Kollegen Peter Blum allseitig entgegengebracht wird. Wir wünschen dem Geburtstagskinde, daß er noch recht lange in voller Gesundheit und Frische in unseren Reihen wirken möge.

nicht sagen, daß die neue Wirtschaftsform starker sozialer Kontrollen und Eingriffe entziehen kann; ich kann mir sogar nicht einmal denken, daß ein halbwegs tragfähiger Staat mächtige Kartelle, mächtige Weinoerleger über Bodenfläche mächtigster Art, einfach nach ihrem Belieben idealen lassen kann. Ich bin überzeugt, daß wir in nicht zu ferner Zeit zu einem Zustande kommen müssen, den auch die Jünte befehlen: die Monopolgebilde der neuen Wirtschaft müssen ihr Monopol vom Staat empfangen, und auf der anderen Seite überwacht der Staat die Erhaltung der aus dem Monopol entspringenden Willkür. Ich glaube nicht, daß die gegen diese staatliche Überwachung eingestellten Ansprüche der Kartelle diese der Natur der Dinge entsprechende Gestaltung der Dinge auf die Dauer abweisen können."

Die vernichtende Kritik, die Professor Schmalenbach, der doch bestimmt kein Sozialist ist, am Kartell- und Monopolkapitalismus übt, wird auch der Arbeiterkassette zu denken geben.

12. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 4. Juni trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Gewerkschaftshaus zu seiner 12. Tagung zusammen. Der Bundesvorsitzende Velpart eröffnete zunächst den Bericht des Bundesvorstandes. Er

stellte seinen Bericht ein mit eingehenden Darlegungen über die durch den Ausgang der Wahlen geschaffene politische Lage. Die Wahlen haben der Sozialdemokratie einen Zuwachs an Stimmen gebracht, der sie zu der weitest ausbreiteten politischen Partei im Reich und in Preußen gemacht hat. Ohne sie ist die Bildung der neuen Regierung im Reich nicht möglich. In Preußen ist die Regierung Bruns als Sieger aus der Wahlen hervorgegangen. Die Sozialdemokratie wird sich der großen Aufgabe, die ihr durch die Wahlen zugewiesen worden ist, nicht entziehen können. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß der Einfluß der Arbeiterbewegung in der künftigen Koalitionsregierung durch den Einfluß starker Persönlichkeiten nachdrücklich zur Geltung gebracht wird.

Aus seinen weiteren Mitteilungen seien im übrigen folgende Punkte hervorgehoben: Die nächste Tagung des Bundesauschusses soll, wie bereits in Aussicht genommen, in Köln stattfinden, und zwar am 29. Juni d. J. Die Tagung soll zugleich den Bundesvertretern Gelegenheit geben, die Presse und insbesondere die eigene Ausstellung der Gewerkschaften und der Partei zu besichtigen.

Es ist geplant, eine Konferenz der den Gewerkschaften nahestehenden Gewerkschaftsbeamten einzuberufen, die schon bisher ähnliche Konferenzen für Baufunktionäre abgehalten worden sind.

Bei dem Wettbewerb, der für den Bau der Bundeskanzlei unter einer Reihe namhafter Architekten veranstaltet worden ist, wurde bekanntlich der Entwurf des Leiters des Bauhauses Dessau, Hannes Meyer, von dem Preisgericht am höchsten bewertet und vom Bundesrat als angenommen. Mit der Bauausführung wird in den nächsten Wochen begonnen werden. Die Grundsteinlegung soll entsprechend der großen Bedeutung der Bundeskanzlei für das gesamte Bildungswesen der Gewerkschaften feierlich gestaltet werden. Die Gewerkschaftsjugend wird an der feierlichen Veranstaltung mitwirken.

Der bisherige Bezirkssekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt a. M., Oudryner, ist von seinem Amt zurückgetreten. An seine Stelle tritt der Kollege Grüniger, bisheriger Bezirksleiter vom Zimmererorden. Auch für den Bezirk Ostpreußen ist jetzt ein besterter Sekretär ange stellt worden. Kollege Quast, bisher Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes, wird sein Amt am 1. Juli d. J. antreten.

Am Anschluß an die Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes spricht Velpart über "Die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses", der Anfang September d. J. in Hamburg stattfinden wird. Velpart sprach zunächst über das Hauptthema des Kongresses, das sich aus den Beratungen des Dresdener Kongresses ergibt: "Die Vermittlung der Wirtschafts-demokratie". Zur Klarstellung des Begriffes zur Untersuchung der konkreten Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, ist seit nahezu Jahresfrist eine besondere Kommission tätig, deren Arbeiten vor dem Abschluß stehen und im Bundesauschuss in einer späteren Sitzung vor dem Kongreß zur Diskussion gestellt werden sollen.

Als zweites Thema des Kongresses schlägt der Bundesvorstand ein Referat über "Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften" vor. Die großen Aufgaben, die den Gewerkschaften auf diesem Gebiet gestellt sind, sind nicht zu unterschätzen. Eine tiefergehende lebendige Bildungsarbeit ist nicht das beste Mittel, wirksame Propaganda unter Gewerkschaftsjugend zu betreiben. Sie ist aber überaus angelehnt der weitestgehenden Ausprägung, die an die Wirkung der Gewerkschaften heute gestellt werden, von übertragener Bedeutung für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung.

Als drittes Thema ist vorgesehen die Behandlung der zahlreichen Fragen, die mit der Vereinheitlichung der Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Ver-sicherung in Zusammenhang stehen. Fragen mit denen die Gewerkschaften auf ihren Tagungen schon wiederholt beschäftigt haben.

Wirtschaft und Kultur.

Arbeitsfreude.

Es gibt einen Frieden, den Arbeit verschaffen kann. Das Wort Feierabend erinnert noch an ihn. Voll Feier ist der Abend nach einem freien, getanen Werte. Nach einem Werte, das der Mensch mit seiner Seele vollbracht hat. So finden wir dieses Bild der Arbeit besonders deutlich bei Schöpfungsgeschichten, wie Schiller. "Trat er, von einer getungenen Arbeit aufstehend, in den Kreis der Seinen, dann war er empfänglich für alles, was ihn umgab." So schrieb hierüber Karoline von Wolzogen. Arbeit ist Lebensnotwendigkeit. Wie kann ein Mensch diesen Frieden haben ohne eine Tat, ein Wert, ohne Arbeit. Über diese Arbeit muß verbunden sein mit dem innerlichen menschlichen Wesen. Sie muß eine Befreiung dieses innerlichen Dringens bedeuten. So wie Schiller es einmal selbst ausgesprochen: "Ohne eine gewisse Innigkeit vermag ich nicht."

Darum muß Arbeit menschlicher Dienst sein, wenn sie das innige Menschliche beglücken soll. Bohndarbeit ist mechanische Arbeit, ist menschenfeindliche, wesenfremde Arbeit. Und kann besonders, wenn sie kaum die aller-geringsten menschlichen Bedürfnisse befriedigen kann. Die Arbeit ist die Arbeit der Bohndarbeit ist ständige Willkür. Wie wir sie wollen. Wie sie der freigezwungenen Kampf als letztes Ziel erstrebt.

Eine neue Arbeit gehört zum menschlichen Glück. Nur Arbeit für Gemeinschaft wurzelt in unserer Seele. Nur Arbeit für das Ganze hat diese "gewisse Innigkeit", von der der Dichter spricht. Selbst wenn sie dann noch mechanisch wäre — aber die Maschine nimmt diese mechanische Arbeit dem neuen Menschen in hohem Maße ab — doch soweit sie auch darin noch mechanisch und ohne ist: Bruder, dir gilt sie, Schwester, ich schaffe dir dich! — O ihr Weiber und Philosophen am Katheder! Ihr Blüherstreiber und Grübler! Hier in der Arbeit liegt der heilige ethische Kern! Macht sie frei! Laßt sie menschlich sein! Und von dem Segen, den dann Arbeit hat, strömt Friede aus in das Heim, das Leben, die Welt. Dr. G. H.

Urlaub in der Sonne.

Ich liege wohligh am Bienenrande im warmen Sonnenlicht. In meine Arbeit denke ich, die jetzt andere machen. Ich habe ja Urlaub. Bei meinen Freunden sind meine Gedanken. In der Stadt. Hier und dort.

Ich denke voll Eifer an sie. Ich bin ja ein Kind dieses Lebens, dieser Arbeit, dieser Stadt, dieser Freuden. Doch, wie ich da so denke und denke, was ist denn das? Da ist es auf einmal, als wenn sie alle, diese Kollegen und Strahlen und freundlichen Stützen, schwänden. Nach welcher als sie es schon sind. So wie wir beim Wirtschaften abends langsam und langsam die Wirtschaftlichkeit schwinden fühlen. Da, auch zeitlich rücken sie alle weit von mir ab. Wir ist es, als wenn das alles ein fernes Gewesen wäre.

Und in neue Zeiten hinein lebe ich jetzt. Und in neue Nähe. Ich höre die Herde über mir in der Luft. Ganz klein und verträumt öffnen sich die Lider meiner Augen. Suchend geben sie sich dem silber-goldenen Licht. Zu der Herde hinauf. Einem Danke gleich.

Und in den Zweigen des Strauchs da neben mir ein anderer Vogel. Ein kleiner Wicht. So fast ist sein Ruf. Als wenn ihm allein die Welt gehörte.

Und doch gehört sie ihm nicht. Nein, auch mir, du Vögelin, ich habe doch Urlaub. Ich habe doch alles da draußen verfallen und hinter mir. Und ich bin jetzt ja glücklich in diesem Reiche. In deinem Reiche der Sonne und des Gelanges zwischen Zweigen und Erde und Himmelstau.

Soziales Leiden.

Da lese ich von Kertzen und Apotekten in China. Welch wunderbarer Art sind da doch die Heilmittel. Hirsch-geweige, zu Pulver zerstoßen, sollen gegen Tuberkulose sein. Auch Tigertrochan werden verwandt und Bären-lagen und Eibidenbaum. Und wenn jemand sein Auge verliert hat, dann muß er ein halbes Huhn auf das ver-letzte Auge legen und die andere Hälfte des Huhns essen.

Sind das chinesische Besonderheiten, Eigentümlichkeiten in jenem Lande, das von der dicken Mauer umgeben ist? Ist das Bedürfnis nach solchen Absonderlichkeiten nicht vielleicht verbreitet auch über diese Mauer hinaus?

Wie klar liegen da so oft die Verhältnisse des Lebens? Wie offensichtlich ist dieses Verzeihen der Menschheit? Wie diese Ausbeutung der Besessenen? Sieht man nicht leber?

Aber statt das Einfache zu sehen, das heilen kann, sucht man auch hier Kompliziertes. Sucht man nach Mittel- und Nebenwegen, die eine Erklärung der Notwendigkeit der Besessenden ein.

Es gibt nur ein Heilmittel zur Befreiung. Und das ist einfach, wie alles Große stets einfach ist. Und das heißt Kampf der Organisierten, daß soziale Verhältnisse nicht mehr möglich sind.

Die 20- und 21-Jährigen.

Bei denen, die da heute 20 und 21 Jahre alt sind, zeigen sich, wie die Wissenschaft festgestellt hat, die Folgen des Krieges am meisten. Denn der Höhepunkt der Ernährungsnot war Ostern 1917. Damals waren die Menschen 9 bis 10 Jahre alt, und die Wissenschaft nimmt an, daß die Widerstandsfähigkeit in diesem Alter am stärksten übergehend ist, so daß diese Gruppe damals besonders empfänglich für diese Gefahren der Hungerzeit war.

Allerdings haben diejenigen, die eine gesunde und kräftige Konstitution haben, diese Hungerjahre über-wunden, aber, wie das Archiv für soziale Hygiene lehrt, nicht diejenigen, die schwächlich waren oder kränzlich sind. Sie leiden noch immer unter den Folgen jenes Hungers und werden sie nie überwinden.

Das ist immerhin erfreulich, daß auch bei diesen Menschen eine Verschlechterung der Erbmasse nicht zu befürchten ist, so daß die Nachkommenschaft sich zu gesunden Menschen entwickeln kann, wenn ihr die gefundenen sozialen Lebensbedingungen gegeben werden.

Nach kurzer Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgelegene Tagesordnung einstimmig angenommen.

Der Punkt der Tagesordnung: „Die Prozessvertretung der Gewerkschaften vor den Arbeitsgerichten...“

Nachwehen der Reichstagswahlen.

Dem Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes scheint der Ausgang der Reichstagswahlen reichlich auf die Nerven gefallen zu sein.

„Aber niemals von uns ein gehässiges Wort über Religion gesagt? Von uns, denen das heilige neue wirtschaftliche Ziel einer Gemeinschaft geradezu die praktische Verwirklichung religiösen Fühlens bedeutet?“

Die Stellung der Gewerkschaften und auch unseres Verbandes zur Religion ist neutral. § 1 unseres Verbandsstatuts besagt, daß Berufsangehörige aufgenommen werden ohne Unterschied der Religion und Parteizugehörigkeit.

Seit Jahrzehnten arbeiten die bürgerlichen Parteien in politisch zurückgebliebenen Gegenden mit der Behauptung, die Sozialdemokraten wollen töten und sie wollen die Religion vernichten.

Wann entschieden müssen wir uns dagegen wenden, wenn man die angeheilten Wunden der verpöndelten Glaubensrichtungen gleichfalls will mit dem Begriff Religion, und eine Stellungnahme gegen dieselben als Feindschaft gegen die Religion hinzustellen vermag.

Wenn dann unser Verbandsorgan schreibt: „Es will uns nicht mehr in den Kopf hinein, daß der Herr Pfarrer im Sinne des Hingelichtes handelt...“

Das ist nur sehr bedingt richtig, aber selbst wenn es der Fall wäre, wo stehen denn diese Arbeitgeber, von denen „Der Holzarbeiter“ selbst sagt, daß sie der Arbeiterkraft Mores lehren wollen, politisch?

Sind es nicht zugleich die Führer und Stützen jener politischen Parteien, denen die christlichen Gewerkschaften bei den Wahlen ihre Anhänger aufbieten?

Wanderungswesen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika. Neue Vorschläge für die Einwanderung.

TAB. Der Präsident Coolidge hat kürzlich dem Senat einen vom Außenminister, dem Handelsminister und dem Arbeitsminister aufgestellten Bericht vorgelegt...

Nachstehende Uebersicht zeigt in der ersten Spalte die im Bericht enthaltenen Einwanderungsziffern für die wichtigsten Auswanderungsländer.

Table with 3 columns: Ursprungsland, Die jährlich auf Grund des Berichtes zugewanderten Einwanderer, Die jährlich auf Grund des Berichtes zugewanderten Auswanderer.

Diese Uebersicht zeigt, daß für gewisse Länder eine Steigerung, für andere eine Senkung des Kontingentes vorgehen ist.

Auswandererberatung.

Vorgesehen laufen beim Bundesvorstand Anfragen über Auswandererangelegenheiten ein; insbesondere wünschen die Antragenden möglichst genaue Auskünfte über Lohn- und Lebensverhältnisse in den Ländern, die sie aufsuchen beabsichtigen.

Korrespondenzen

Mannheim, Mitgliederversammlung vom 21. Mai 1928. Nach Erhebung einiger geschäftlicher Mitteilungen und einem kurzen Bericht von der letzten Gesellenprüfung...

Durch die Modernisierung innerhalb unserer Betriebe schwenken wir immer mehr vom eigentlichen Handwerksbetriebe ab und werden mehr und mehr zu Großbetrieben.

Es ist daher für uns heute ein Gebot der Stunde, für unsere Zukunft zu sorgen, um uns vor Not zu schützen.

Am zweiten Tag der Bundesausschüttung, am 5. Juni, nahmen sich die Beratungen der Frage des Bundesbeitrages zu.

Die Erörterung über die Vereinfachung der Prozessvertretung wurde in die Debatte über den Bundesbeitrag einbezogen, da sich durch die Vereinfachung der von Schule unterbreiteten Anregungen des VDBB und seinen Organen eine neue Aufgabe von erheblichem Ausmaß erschließen würde.

Die Frage der Bundesbeiträge wird angeregt, die Lehren im Bunde betriebsfrei zu lassen und dadurch die Erhebung der Beiträge für die übrigen Mitglieder etwas auszugleichen.

Entscheidungen wurden nicht getroffen. Die Beschlußfassung über die vom Bundesvorstand unterbreitete Vorlage für den Haushalt des VDBB, wie über die Frage der Vereinfachung der Prozessvertretung wird bis zur nächsten Bundesausschüttung vertagt.

In der darauffolgenden Diskussion sprachen sich fast alle Redner für eine derartige Versicherung aus und erfuhr von dem Hauptvorstand bei Fertigstellung seiner Unterlagen uns dieselben zu übermitteln, damit wir hierzu Stellung nehmen können.

Anschließend gibt Kollege Blicke einen genauen Bericht vom hiesigen Lopezierertreff. Es mag vielleicht mancher Filiale aufgefallen sein, warum wir nichts von uns hören ließen. Es war aber nicht früher möglich, da die ganzen Verhandlungen fast ein Vierteljahr gedauert haben. Die Schuld liegt natürlich nicht an uns, sondern an dem Landesverband und der hiesigen Zwangsinnung. Ihnen müssen wir es zuschreiben, wenn es zu einer Störung in den Betrieben gekommen ist.

Wir wollen daher kurz den Gang unserer ganzen Bewegung schildern.

Am Februar wurde das Lohnabkommen ordnungsgemäß zum 15. 3. 1928 getündigt und eine Erhöhung um 15 Proz. gefordert. Am 14. 3. fand dann auch eine Verhandlung in Heidelberg statt. Von Seiten der Arbeitgeber wurden uns keine Zugeständnisse gemacht, sondern wir wurden an das Tarifamt verwiesen. Es wurde ein Schlichtespruch gefällig, der unsere Forderungen ablehnte. Interessant dürfte wohl die Befragung seitens der Arbeitgeber sein. Von Mannheim war überhaupt niemand vertreten und sogar der Herr Vorfigende vom Landesverband, Herr Burthardt, fehlte.

Nachdem man uns nun also am Tarifamt in Heidelberg so glatt abgefertigt hatte, wandten wir uns an die hiesige Zwangsinnung und an den Arbeitsratverband und legten ihnen unsere Forderungen vor. Auch diese beiden Schreibern blieben ohne Erfolg, da es die hiesige Zwangsinnung nicht für nötig hielt, ihre Mitglieder zu verständigen. Es hat ganze 3 Wochen gedauert, bis eine Innungsversammlung angesetzt wurde. Es wurde dann am 22. März einstimmig beschlossen, in den Zustand zu treten.

Gleich nach dem ersten Streiktag erfolgte seitens der Zwangsinnung in allen bürgerlichen Zeitungen eine Notiz, daß wir Tarifbruch begangen hätten. Diese Notiz hat uns sehr geschadet; trotzdem wir tags darauf gleich diese Notiz untermits richtigstellen, brauchte der Landesverband wiederum das Tarifamt, welches auch anerkennt, daß wir im Recht seien. Erst von diesem Zeitpunkt an ist es in unserer Bewegung besser geworden. Der Landesverband hatte sich sogar an den Reichsarbeitsminister gewandt, er möge den Schlichtespruch für verbindlich erklären, wurde jedoch dort abgewiesen. Nach 3 Wochen machten 12 mögliche Firmen mit 80 Kollegen die Ichnungsversammlungen des Landesverbandes und der Zwangsinnung nicht mehr mit und verhandelten direkt mit uns. Hierzu kamen etwa noch 32 Kollegen, die bereits das Gehoberte erzielten.

Die Zugeständnisse dieser Firmen waren:

6 Pfennig sofort und 3 Pfennig ab 1. Oktober. Für Männerinnen 3 Pfennig und ab 1. Oktober 2 Pfennig. Am 17. April wurde dann die Arbeit wieder aufgenommen. Allerdings blieben noch 20 Kollegen auf der Straße, die eben bei solchen Weisern waren, welche sich streng an ihre Innungswahl hielten. Es gelang uns jedoch im Laufe der ersten Woche, diese Kollegen anderweitig unterzubringen.

Wer nun aber glaubt, daß sich auch die Zwangsinnung diesen Zugeständnissen angeschlossen, ist stark im Irrtum. Wir riefen das Tarifamt an und verlangten einen Schlichtespruch. Am 27. April waren wir vor das Tarifamt geladen, das auch einen Spruch fällte. Derselbe sieht eine Erhöhung von 4 Pfennig in der zweiten Driftklasse vor. Der Landesverband lehnte aber auch diesen Spruch ab. Sie haben damit bewiesen, wie wenig sie den Sinn des Tarifwesens achten, denn wo immer zwei Parteien miteinander verhandeln, ist auch etwas Erzieherisches herausgekommen. Sie hatten sich aber darauf verfaßt, einfach nichts zu geben und haben es lieber teuer bezahlen müssen. Wir beantragten dann die Verbindlichkeitsklärung, was auch am 16. Mai durch Schreiben an uns erledigt wurde.

Die Filiale Mannheim-Dubwigschafen hat schon mehr als einmal große Opfer gebracht für alle Kollegen, die unter den babilischen Vandalen stehen. Wir erwarten, daß die Kollegen in Zukunft mehr als bisher sich um ihre Organisation kümmern, dieselbe ausbauen helfen, damit wir den bevorstehenden Kämpfen gewachsen sind.

Der Schlichtespruch hat folgenden Wortlaut:

Der Lohn in Driftklasse II für Gehilfen über 25 Jahre wird vom 20. April 1928 ab auf RM. 1,06 festgesetzt.

Die bisherigen Leistungszulagen bleiben bestehen.

Dieser Schlichtespruch ist mit einmonatiger Kündigung erst-mals auf den 31. März 1929 kündbar.

Sollte sich der Heidelberger Ortsverband gegenüber dem Stand vom 15. 4. 1928 um 10 Punkte erhöhen, so kann der Lohnsatz jederzeit mit einmonatiger Frist getündigt werden.

Darauf Schluß der gut besuchten Versammlung um 11 Uhr.

Ernst Rühaupt, Schriftführer.

Eingefandt.

Zur Frage der Alters- und Invalidenversicherung. Die Frage der Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung in den Gewerkschaften läßt, wie dies durch die einzelnen in unserem Zentralorgan in den letzten Wochen erschienenen Artikel erhellt wird, deutlich erkennen, daß sich auch weiteste Kreise unserer Mitglieder einig sind mit dem Wert der Anwerf einer solchen Einführung bestehen. Die Folge dieser Erörterungen dürfte zweifellos sein, daß sich der nächste Verbandstag der Aufgabe unterziehen wird, wenigstens den Versuch einer Lösung des so wichtigen und an sich nicht leichten Problems zu unternehmen. Es wird für ihn um so leichter möglich sein, zu einem annehmbaren Resultat zu gelangen, wenn er der Mitarbeit und Anteilnahme aller Beteiligten

sicher ist. Die Verhandlung dürfte es meines Erachtens nur begünstigen, wenn von dieser oder jener Seite gutgemeinte Ratschläge zutage treten. Von diesem Gesichtspunkte aus gefaßt ist mir, im nachfolgenden meine Gedanken zu dieser aktuellen Frage zu entwickeln. Vor allem dürften bei Behandlung der ganzen Materie zwei Fragen zu entscheiden sein: nämlich die grundsätzliche, und erst, wenn diese bejaht wird, die zweckmäßige. Bei Erörterung der ersteren ist es zwingende Notwendigkeit, im Interesse der Sache die ganze Angelegenheit mit aller Mäßigkeit zu beurteilen, sich aber vor allen Dingen freizubehalten vom Dogmatisch-Dottrinären. Das scheint mir nun bei der Abhandlung des Kollegen Hegenbart nicht der Fall gewesen zu sein, denn sonst hätte er nicht ohne weiteres zu einer strikten Ablehnung kommen können. Vom rein idealen Gesichtspunkte aus betrachtet sind es ja gerade die Ausführungen, die er über die vorkommende Anzulänglichkeiten der staatlichen sozialen Versicherungen- und Fürsorgeeinrichtungen machte, die eine bereite Sprache für Erörterung neuer Hilfsquellen sprechen. Und hier kann, und das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, zunächst nur Selbsthilfe das Gegebene sein. Gemäß ist es richtig, und stimme ich mit Kollegen Hegenbart vollkommen überein, daß es in erster Linie Aufgabe des Staates zu sein hätte, ja, daß es heiligste Pflicht desselben sein müßte, das Problem der sozialen Frage zu lösen. Dies um so mehr, als ja gerade die werkschaffende Arbeiterschaft die Hauptträgerin und Stütze des Staates ist. Aber wollen wir denn absolut die Ewigkeitsfragen bleiben; wollen wir denn gar nichts aus der großen Geschichte der Arbeiterbewegung lernen, um dann diese Lehren auch zu verwerfen? Haben wir denn nicht Kenntnis von den jahrzehntelangen Kämpfen der Generation vor uns um die Befreiung der sozialen Lage der Arbeiterschaft; und führen wir denn nicht heute noch den Kampf mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln und Kräften um die gleiche Sache? Und dennoch hat die Praxis gezeigt, daß wir nur mühselig, unendlich langsam und nur schrittweise vorwärtskommen sind. Weil wir aus vorstehend Ausgeführten erkennen können, daß es noch ein ziemlich weiter Weg sein wird, bis wir am Endziele sein werden, deshalb wollen wir uns nicht an revolutionären Redensarten, die uns wohl den Eton und die Kraft zu neuen Kämpfen geben, unseren „Alten“ aber nicht das Brot, berauben, sondern wollen zur Tat schreiten. Nur Fanatiker können heute noch glauben und uns glauben machen wollen, daß die Verelendung der Massen die Arbeiterschaft rascher dem Siege entgegenführt. Wir aber, die wir uns der Verantwortung unserer „Alten“ gegenüber bewußt sind, die wir in ihnen die Vorkämpfer unserer Bewegung und unsere Wegbereiter sehen und ehren, haben den Willen, helfend eingzugreifen. Es wäre verantwortungslos, erst Lausende und aber Tausende stehend zugrunde gehen zu lassen, bis sich der Staat seiner Pflicht bemitt, noch dazu, wenn andererseits die Möglichkeit einer Änderung dieser unzulässigen Verhältnisse vorhanden ist. Deshalb komme ich zur Bejahung der Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung in den Gewerkschaften. Allerdings müßte ich, wenn ich mich nun noch in Kürze der Zweckmäßigkeitsfrage zuwenden, vorweg bemerken, daß meine Bejahung bedingt ist, indem ich sie als abhängig von der Lösung der zweiten Frage betrachte. Die angulührende Versicherung muß in E. eine einheitliche Regelung in sämtlichen dem A.D.B. angeschlossenen Berufsverbänden erfahren, wenn sie nicht von vornherein ihren Zweck verfehlen will. Am besten würde sie auch geteilt durch eine Initiative des A.D.B. Jede Einzelmaßnahme würde Sühnwert bedeuten und sich, weil in der Leistungsfähigkeit fast beinträchtigt, für einzelne Organisationen als schädlich erweisen. Es würden dann zweifellos jene Recht behalten, die sich heute schon als Gegner erweisen. Als Funktionär in der Broding kann ich auf Grund gemachter Erfahrungen mit den bisher schon bestehenden sozialen Einrichtungen in den Verbänden mit gutem Recht behaupten, daß meine vorstehend aufgeführten Befürchtungen nur zu begründet sind. Hier ist es ganz besonders unser großer Bruder, der Metallarbeiterverband, der nicht nur mir, sondern auch Funktionären anderer Verbände durch seine wesentlich günstigeren sozialen Einrichtungen manche schwere Stunde bereitet. Haben wir nun jetzt schon zu verzeichnen, daß aus den angeführten Gründen schon manches Mitglied uns den Rücken kehrt, um dem Metallarbeiterverband beizutreten, so ist zu befürchten, daß derselbe, begünstigt durch seine große Mitgliederzahl, auch die Einführung der Altersversicherung uns erneut zu überboten versucht und dadurch die Schwierigkeiten für uns noch größer werden. Gewiß kann hier der Einspruch gemacht werden, daß eben die Zuständigkeit der Verbände strikte eingehalten ist, aber man wird doch zweifellos lieber dem Liebertritt eines Mitgliedes zu einem anderen Verbande stattgeben, als dieses für die Gewerkschaftsbewegung ganz verlieren. Aus dieser kurzen Skizzierung ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß soziale Einrichtungen den einzelnen Gewerkschaften eben doch „überzeugende“ Agitationsmöglichkeiten schaffen. Um so mehr, als man ja im heutigen Zeitalter tagtäglich die Wohnnehmung machen kann, daß der Hang zum Materiellein bewahrheitet wurde das Ideale bedeutend überwiegt. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, müssen wir unwillkürlich dazu übergehen, und alle Faktoren, die für uns sprechen, in unseren Dienst stellen. Schöpfen wir deshalb alle uns zu Gebote stehenden Quellen aus und schaffen wir durch Einführung und einheitliche Regelung der Alters- und Invalidenversicherung Agitationsmöglichkeiten nicht nur für einzelne Verbände, sondern für die gesamte freigewerkschaftliche Bewegung. Nur wenn in diesem Sinne gehandelt wird, wird es uns möglich sein, den Kampf für Verbesserung der staatlichen sozialen Einrichtungen erfolgreich zu führen, und solcher zum Ziele kommen als durch vorherige gänzliche Verelendung der arbeitenden Klasse.

Ernst Röhmer, Rothenburg a. d. T.

Invalidenbeiträge! Es ist gerade von nicht unbedeutendem Werte, wenn sich heute erst eine Organisation, die

wie die unsrige doch eine noch engumgrenzte, Berufsorganisation ist, erstlich mit der Frage beschäftigt, welche alten Organisationsstempel in ihrem Alter beizubehalten. Wenn ich nun schreibe, daß wir uns erst heute damit befaßt, so soll das im allgemeinen kein Vorwurf sein, liegen doch die Verhältnisse hinter uns, die wohl jedem in letzter Erinnerung bleiben werden, und die auch größere Verbände, wie z. B. den Metallarbeiterverband, vorantrieben, zur Frage der Invalidenbeiträge auch jetzt erst Stellung zu nehmen.

Nun, es ist in unserem Verbandsorgan schon sehr viel zu dieser Sache Stellung genommen worden. Viel man all die Artikel, die diese Materie behandeln, nochmals durch so kommt man zu der Erkenntnis, daß sich sehr wenige damit befaßt haben, die Sache als unsere eigene hinzustellen, sondern es erweckte den Anschein, als wenn man den Sattlerverband als Staat hinstellen möchte.

Mit nichten Kollegen, in unserem eigenen Gefüge müssen wir instand sein aufzustellen, was dringend nötig ist, und dabei ist es vorzuziehen, die vielleicht auch einschneidend auf andere Verhältnisse in unserem Verbands sind.

Ich brachte schon in den Anfangsfragen zum Ausdruck, daß wir immer noch eine engumgrenzte Berufsorganisation seien, und das mit Recht. Wir haben in unserem Organisationsgefüge zwei Krankentassen, also doch zwei Berufs-krankentassen. Gut, es ist sehr schön, wenn man noch nebenbei in einer solchen Nebenklasse sein kann. Wir be-gählten aber auch als Hauptunterstützung Krankentage, wenigstens auch erst vom 22. Tage an; die Endsummen, die die Organisation ausstößt, sind hierbei in Betracht zu ziehen. Nun soll aber in Zukunft die Invalidenbeiträge dazu kommen? Taucht in uns da nicht der berechtigten Gedanke auf, daß hierbei etwas nicht angängig ist? Weg mit diesen vielen Einzelteilen. Umgestalt den ganzen Kram. Wenn auch Gründe vorhanden sind, die eine Auf-rechterhaltung dieser oder jener Klasse befürworten, so müssen diese doch zurückgestellt werden, um einer notwendigen Sache Platz zu machen. Man könnte schließlich noch mehr darüber schreiben, um jedem Kollegen unter uns den Gedanken einer möglichen Vereinfachung klar zu machen; indes greifen wir zum Beispiel:

Die für sich geführten Krankentassen innerhalb unserer Verbandes dürfen nicht mehr bestehen, jedes Mitglied ist zugleich auch Mitglied der Krankentasse des Verbandes, es hat dann ebenfalls den Beitrag zu zahlen wie bisher, doch umgestaltet in der Form, daß ein Einheitsbeitrag fest-gesetzt wird, oder sonstwie, und erhält dann bloß aus der Hauptkasse die Unterstützung, also nicht von einem Neben-läufer. Es stehen also somit die jetzigen Ausgaben der Hauptkasse, die nach dem Stand des letzten Vierteljahres 1927 gerechnet schon die nette Summe von 12.758,45 M. betragen, nämlich 51.033,80 M., zur Verfügung, die aus-reichen würden, um unsere Altvereranen zu unterstützen.

Nun was sparen wir dadurch für uns Mitglieder und unsere Organisation. Zunächst den extra zu erhebenden Invalidenbeitrag, der gewiß sehr viel Staub aufwirbeln würde und gleichzeitigt die bisher gezahlten Krankentassen-schuldungen vollstommen.

Dafür führen wir eine Invalidenbeiträge ein, die wohl bei einigermaßen geschickter Reformierung das schon be-nannte Konto nicht erschöpfen würde, schon aus dem Grunde heraus, weil wir doch schließlich nur eine kleine Zahl Invaliden zu unterstützen hätten.

Es wäre also dadurch sehr viel erreicht, auch agitatiorisch stände unsere Organisation gut da und wir wären einen großen Schritt in der Zusammenlegung innerhalb unserer Gewerkschaften näher, um die künftige Wirtschaftsförderung besser zu beeinflussen als bisher.

Wenn nun auch die aufgeworfene Frage noch mancher Zweifel offen läßt, so ist es doch nicht mehr wie recht und billig, über diese Angelegenheit weiter zu diskutieren und es werden wohl auch dementsprechende Vorschläge zum Ver-bandsstag folgen.

Verbandsnachrichten
(Bekanntmachungen des Vorstandes der Orts-
verwaltungen)

Vom 11. Juni bis 17. Juni 1928 ist der 24. Wochenbeitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Verjammungsstaleuder

Adla a. Rh. Dienstag, den 19. Juni, abends 7 Uhr, im Volksbau, Saal 2, Verjammung aller Branchen. Vortrag des Kollegen Robert Klein über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Magdeburg. Jeden ersten Sonntag im Monat findet abends 8 Uhr die Monatsversammlung statt.

Zwickau i. Sa. Unsere Monatsversammlung findet regelmäßig jeden Sonnabend nach dem 15. eines Monats, 7 Uhr abends, im Restaurant „Brauerei“ statt.

Am Sonntag, den 17. Juni, Ausflug mit Musik nach Gartenstein, Bringenhöhe, Dürre Denne und Wehler. Abfahrt 6,54 Uhr ab Hauptbahnhof. Stellen eine Viertelstunde vorher auf Bahnhofs 3. Einer diesseitigen Be-teiligung sieht entgegen die Ortsverwaltung.

Abreisendänderungen

Kolberg. Kassierer Erich Hoppe, Gietinger Str. 9. Gau Rheinland-Westfalen. Gauverbau: Karl Schmitz, Barmen, Humboldtstraße 22.

Suhl i. Thür. Kassierer Hermann Brüdner in Orlitz-roda i. Thür., Bahnhofstr. 48. Wülthelm (Ruhr). Vorj. Hans Falkenburg, Scher-straße 38.